

VERTRAULICH

B E S C H L U S S P R O T O K O L L I I

der 5. Sitzung des Bundesrates

vom 14. Februar 1990

Bundespräsident Koller beantragt, die Probleme um den Staatsschutz und die militärische Abwehr zu Beginn der Sitzung zu behandeln. Es geht um eine Lagebeurteilung sowie um die zu treffenden Massnahmen.

Der Chef des EMD, BR Villiger, erläutert die Umstände, die zur Entdeckung von sensiblen Angaben über Personen geführt haben. Man hatte ihm versichert, alle Angaben dieser Art seien mit der Vernichtung der Verdächtigtenliste im Jahre 1976 oder 1977 beseitigt worden. Dies stimmt nur bedingt, denn in den Karteien über die Ergebnisse der Sicherheitsüberprüfungen befinden sich vereinzelt auch delikate Angaben aus der Registratur der Bundesanwaltschaft. Es gilt nun, alles klar der Öffentlichkeit bekanntzugeben das heisst in die Offensive zu gehen. Die Einsetzung einer PUK soll vermieden werden, denn sonst würden die ausländischen Nachrichtendienste keine Informationen mehr liefern. Dagegen soll die GPK diesen Tatbestand mit Sonderkompetenzen untersuchen. Die betroffenen Personen sollen - in Abstimmung mit dem EJPD - Zugang zu ihren Fichen erhalten. Die UNA sollte einer vertieften parlamentarischen Kontrolle unterzogen werden. Studien darüber sind seit geraumer Zeit im Gange und haben gezeigt, dass in Deutschland bereits eine intensive Kontrolle praktiziert wird. Eine kleine Gruppe von Parlamentariern könnte diese Aufsicht übernehmen, allenfalls auch für die BA. Die Frage, die es nun abzuklären gilt, ist, inwieweit der Chef des EMD angelegen worden ist. Im EMD wurde eine Sprachregelung entworfen, die gewiss als wahr zu betrachten ist, aber nicht die ganze Wahrheit vermittelte. Auch wenn der Bundesrat nicht angelegen worden ist, so ist ihm mindestens eine vernebelte Auskunft erteilt worden.

Bundespräsident Koller stellt fest, dass der Bundesrat in dieser ganzen Angelegenheit stets aus der Defensive operieren muss. Auch die Art der Einsichtnahme ist unter Beschuss geraten. Er beabsichtigt, mit BR Villiger die ganze Angelegenheit erneut vor der Presse zu präsentieren. Der BR soll zum Ausdruck bringen, dass der Staatsschutz und vorbeugende Massnahmen weiterhin notwendig sind, dass aber die zutage getretenen Missstände zu bedauern sind. Der BR ist zu Reformen bereit und will Mittel und Wege finden, damit die Führung der BA einer permanenten Kontrolle unterzogen wird. Eine kleine Gruppe von Parlamentariern sollte, ähnlich wie die Finanzdelegation, die Tätigkeit des Staatsschutzes begleiten und kontrollieren. Auch die personellen Fragen stehen im Raum. Die PUK hat dem Chef der Bundespolizei keine Vorwürfe gemacht. Vielmehr wurde seine kooperative Haltung gelobt. Nun hat sich aber mit den Vorkommnissen im EMD die Lage des Chefs der Bupo weiter verschlechtert. Er geniesst kaum mehr Vertrauen. BP Koller hat deshalb mit Dr. Huber eine Aussprache geführt und ihm nahegelegt, er solle eine Beurlaubung beantragen. Die Einsicht in die Fichen hat nicht die erwartete

Wirkung gezeigt, indem weniger als 40 Prozent der Leute mit der Vernichtung des Eintrages einverstanden waren. Es ist daher eine grosse Zahl von Rekursen zu erwarten.

Dans la discussion on déplore que le Conseil fédéral ne soit informé de ce qui se passe que par la presse. Le Conseil fédéral est sur la défensive et se laisse entraîner par les événements. Il faut continuer à donner toutes les informations possibles, mais il faut fixer un front derrière lequel le Conseil fédéral n'ira pas. La protection de l'Etat est sans doute une tâche indispensable. Mais il sera difficile d'en définir le contenu, un effort pourtant que le Conseil fédéral sera bien appelé à faire. Quels sont les éléments qui en font partie intégrante et lesquels sont superflus ?

Es wäre aber falsch, wenn in der jetzigen Situation die Bedeutung des Staatsschutzes im Vordergrund stünde. Man soll alles unternehmen, um diese Geschichte schnell zu beenden. Eine Gruppe von 4 oder 6 Parlamentariern aus allen Fraktionen sollte die Fichen aussondern und die überflüssigen vernichten. Gemäss dem Berner Staatsanwalt Tschäppät sind von den 900.000 Fichen nicht mehr als 1000 relevant. Heute muss der Rat klar entscheiden, was er will : Huber muss ersetzt werden, denn die vielen unnötigen Fichen beweisen seine Unfähigkeit.

La défense de la sécurité de l'Etat appelle des moyens et des méthodes qui ne sont pas prévus par les règles administratives. Néanmoins, il faut bien admettre que nos responsables ont mal travaillé et n'ont pas procédé à un réexamen de la situation. Les collaborateurs de M. Villiger ont trompé leur chef. Ils ont prêché au moins par omission. Le chef de la police doit être congédié. Pouvons-nous maintenant affirmer tout connaître ? Une enquête disciplinaire du Conseil fédéral au DMF est-elle nécessaire ? M. Villiger n'est pas favorable à une PUK. Mais que dira le Parlement ? En tout cas il faut éviter de donner le sentiment que l'on veut cacher quelque chose.

C'est tout le gouvernement qui est sur le banc des accusés. On lui fait le reproche de ne pas avoir compris ce que la PUK a découvert. Le fait est que ceux qui sont chargés de résoudre le problème sont les mêmes qui ont besoin de justifier leur travail de dizaines d'années. Il faut donc les déplacer. Pour passer à l'offensive, il faut annoncer que l'on change d'équipe. La plus grande majorité des fiches sont inutiles. Celles qui ne correspondent pas à la vérité doivent pouvoir être détruites le plus rapidement possible. Si l'on veut éviter une PUK il faut prendre des initiatives, annoncer la volonté de détruire ces enregistrements. Si déjà on donne la photocopie, pourquoi ne pas donner la fiche elle-même ?

Die Lage ist sehr schwierig, und viele Leute schütteln den Kopf. Das Vertrauen in den Bundesrat steht auf dem Spiel. Damit der Rat in die Offensive gehen kann, muss man die volle Wahrheit sagen und Massnahmen treffen. Huber ist untragbar und muss beurlaubt werden. Der Chef EMD wurde angelogen. Eine Untersuchung muss veranlasst werden, damit auch gegen innen ein Zeichen gesetzt wird. EJPD und EMD sollen mit dem Ziel zusammenarbeiten, diese Übung so schnell wie möglich zu beenden.

BR Villiger teilt die Auffassung, dass personelle Konsequenzen nötig sind. Huber ist ein guter Mann, doch ist er untragbar geworden. Nicht alle Fichen können ohne weiteres zerstört werden, denn sie erfüllen auch die Funktion

von Personalakten. Die gemeinsame Leitung von Bupo und UNA muss überprüft werden.

Der Bundespräsident fasst die Diskussion zusammen und beantragt die Beurlaubung von Dr. Huber, die Einleitung einer Administrativuntersuchung im EMD und die Postzustellung der Fichen. Eine sofortige Vernichtungsaktion ist politisch nicht machbar, denn mehr als 50.000 Bürger würden sich geprellt fühlen. Auch soll eine Sicherheitsdelegation mit der Aufgabe eingesetzt werden, die Registrierungskriterien der BA zu genehmigen und die darauffolgende Praxis zu überwachen. Einsichtsbegehren sollen nur bis Ende März gestellt werden können.

Der Rat ist mit diesen Anträgen einverstanden. Sie werden unverzüglich der Presse bekanntgegeben.

Informatikkonferenz

Soll ein Vertreter des Dienstes für Datenschutz als Mitglied der Informatikkonferenz ernannt werden? Gerade die jetzigen Probleme zeigen, wie wichtig dies sein könnte. Andererseits ist aber eine solche ständige Teilnahme überflüssig, denn die Konferenz behandelt eher technische Fragen. Als Kompromisslösung beschliesst der Rat die laufende Information des Dienstes für Datenschutz über alle Geschäfte, die in der Konferenz behandelt werden, sowie das Recht des Vertreters dieses Dienstes, an den Beratungen teilzunehmen.

FIPOI

La promotion du directeur de la FIPOI doit-elle être soumise à la délégation des finances? Il s'agit d'une organisation privée, mais c'est la Confédération qui assume tous ses frais. On décide d'informer la délégation de cette promotion.

Kommission der UNO über die Stellung der Frau

Die Wahl der Präsidentin der Kommission für Frauenfragen als Leiterin der Delegation wirft grundsätzliche Fragen auf. Es handelt sich um Beratungen auf Regierungsebene. Der Bundesrat muss deshalb seiner Delegation Weisungen erteilen können. Dies kann er gegenüber der Präsidentin einer ausserparlamentarischen Kommission nicht tun. Zudem handelt es sich um eine Parlamentarierin, die im Sinne der Gewaltentrennung keine Instruktionen seitens der Regierung erhalten sollte. Andererseits wurden in der Vergangenheit zahlreiche solche Entscheide getroffen. Im vorliegenden Fall ist Frau Stamm bereits informiert worden. Eine Nicht-Wahl käme einer Desavouierung gleich. Der Rat ist deshalb mit der Ernennung einverstanden, beauftragt aber die Bundeskanzlei, ihm einen Bericht über solche Fragen zu erstellen. Darin sollte auch das Problem der Ernennung eines Parlamentariers als Präsident einer ausserparlamentarischen Kommission studiert werden.

Wahl eines Vizedirektors zum Beamten

Die Wahl ist unbestritten, doch das Vorgehen wird kritisiert. Zuerst stellt man einen Mitarbeiter privatrechtlich an, und nachher wählt man ihn als Beamten. Dies stellt eine Umgehung des Wahlrechtes durch den Bundesrat dar. BR Villiger wird dieser Frage nachgehen und dem Rat berichten, ob diese Praxis häufig angewendet wird.

50 Jahre Militärischer Frauendienst

Die Werbung für den MFD hat sehr viel gekostet und wenige Resultate gebracht. Die vorgesehenen 200.000 Franken für eine weitere zusätzliche Aktion im Zusammenhang mit dem Jubiläum sind zu streichen. Vielmehr sollen andere Wege verfolgt werden, um die Attraktivität des MFD zu steigern. Doch auch eine Werbeaktion ist sinnvoll. Der Rat ist mit einer Ausgabe von 100.000 Franken einverstanden.

Geschäftsbericht EFD

Zahlreiche Angaben betreffen die nächsten Jahre. Ist dies mit dem Zweck eines Geschäftsberichtes zu vereinbaren? Auch sind die personellen Probleme zu positiv dargestellt, und die Einkaufsprobleme mit der EVK werden nicht erwähnt. Es ist sinnvoll, wenn das EFD die Lage prospektiv darstellt, nur so können die Finanzprobleme sichtbar gemacht werden.

Prêts de transition à la CBV

Proposition est faite de ne pas accorder un nouveau prêt. L'aide de la Confédération ne doit pas devenir permanente. Le Conseil accorde le nouveau prêt, étant donné que la situation du marché rend très difficile l'écoulement du bétail de boucherie et que les échanges constituent la seule alternative au stockage.

Redevances hydrauliques

La motion qui exige une augmentation des redevances hydrauliques en région de montagne doit être repoussée. La nouvelle loi date de 1985 et les augmentations qu'elle a consenties devraient suffire. D'autre part, les prix de l'eau sont encore insuffisants. Ce n'est pas les cantons de montagne qui en bénéficient, mais l'industrie hydraulique, car ces prix sont soustraits au marché. La transformation en postulat s'impose aussi pour des raisons tactiques, car un refus susciterait une vaste et nouvelle discussion au Parlement.

Parlamentarische Vorstösse

Bundeskanzler Buser erinnert daran, dass alle PUK-Vorstösse unbedingt an der nächsten Sitzung verabschiedet werden müssen.

Geschäftsbericht Bundeskanzlei

Das Kapitel über EFFI-QM wird gekürzt. In bezug auf die Gesetzesevaluation sind Studien von politischer Brisanz veranlasst worden. Diese Entscheide sollten nicht auf Beamtenstufe getroffen werden. Das BJ hat aber einen klaren Auftrag des Bundesrates zu erfüllen. Ueber die Arbeiten wird das EJPD noch vor dem Sommer einen Zwischenbericht unterbreiten.

Négociations avec l'Union soviétique

C'est l'Union soviétique qui a demandé l'ouverture de ces négociations. Elles ne sont pas sans danger, car le risque existe que, indirectement, la Suisse reconnaisse ainsi les Pays annexes. Il faut donc y aller avec grande prudence.

Séville

Le Conseil prend acte que l'architecte Mangeat s'est déclaré disposé à étudier un projet alternatif à sa tour de glace. Les déclarations du président de la Coco M. Pini, selon lequel le Conseil fédéral est divisé et n'est pas en mesure de prendre une décision, sont critiquées.

Geschäftsbericht EDI

Die Probleme in bezug auf Prangins sollten ebenfalls erwähnt werden, auch wenn sie Gegenstand einer Zusatzbotschaft an das Parlament waren.

Drogenpolitik

Die Frage, ob das geltende Gesetz verletzt wird oder nicht, ist in der Antwort bewusst ausgeklammert. Der Bundesrat sollte vor seiner Klausur über Drogenpolitik dazu nicht Stellung beziehen.

AUSSPRACHEN

Situation économique et renchérissement

La délégation pour les affaires économiques a examiné la situation avec le directoire de la Banque nationale et d'autres experts. Elle propose au Conseil de confirmer son appui à la politique monétaire restrictive de la Banque nationale. La rigueur est de mise, même s'il y a également des conséquences fâcheuses à enregistrer. Le monétaire est l'instrument principal de lutte contre le renchérissement et les politiques parallèles n'ont que des effets limités. Il faut néanmoins trouver des voies pour briser l'accouplement des taux hypothécaires et des loyers. L'Office du logement étudie deux instruments : une modification de l'ordonnance pour permettre un ajustement seulement lorsque les autres raisons d'augmenter un loyer ne sont pas

invoquées et échelonnement dans le temps des augmentations dues au taux hypothécaire. Cela n'amène pas des solutions miraculeuses, mais il faut essayer d'augmenter la flexibilité et briser les automatismes.

Cette façon de voir est approuvée par le Conseil. La fixation d'un taux d'intérêt fixe pour 5 ans, comme les organisations des locataires le proposent, n'est pas applicable. De nombreuses banques seraient menacées dans leur substance. Elles sont en partie elles-mêmes responsables, car pendant trop longtemps elles ont critiqué les épargnants qui plaçaient leur argent sur des livrets d'épargne. Un problème supplémentaire est constitué par l'attitude que la Suisse prendra par rapport au serpent monétaire européen. Certains pays de l'AELE voudraient fixer leur monnaie par rapport au système de la CE. Une telle adhésion ne porterait automatiquement pas à une plus grande stabilité. Le cours d'une monnaie n'est pas déterminée seulement par des facteurs objectifs mais également par des attentes. Les propositions concernant les loyers doivent être étudiées à fond du point de vue juridique : il ne peut pas être question de déroger au nouveau droit de location.

Centro di calcolo

Le soluzioni alternative si sono rivelate meno accettabili di quella primitivamente ventilata a Manno. I problemi giuridici hanno potuto essere risolti in quanto la domanda di restituzione dei terreni è stata ritirata. Di conseguenza la soluzione Manno può essere adottata. Il Consiglio è d'accordo, facendo notare che il rinvio della decisione è stata opportuna perchè ha permesso di trovare soluzioni soddisfacenti.

UMFRAGEN

M. Cotti

- a eu avec le commissaire de la CE pour l'environnement Ripa di Meana une discussion très intéressante.
- en matière de SIDA les spécialistes manifestent une préoccupation croissante. L'abrogation des prises de sang chez les recrues enlève un instrument important pour estimer l'évolution de la maladie chez les jeunes.

BR Stich

- hat mit Frau Scrivener äusserst nützliche Gespräche geführt.
- Die Haltung der italienischen Zollbeamten hat zu grossen Problemen in der Schweiz geführt. Rom sollte über diese Konsequenzen informiert werden.
- bedauert, dass der Brief an die BKW betreffend Graben als vertraulich klassifiziert wurde (an der Klausursitzung des Abends beschliesst der Bundesrat, diesen Brief unverzüglich zu publizieren, um die öffentlichen Erklärungen der BKW-Verantwortlichen richtigzustellen).

M. Delamuraz

- fera rapport sur ses rencontres de Davos avec toute une série de personnalités.
- a décidé de différer de 6 mois son voyage aux Etats-Unis, vu l'absence de son interlocuteur principal et pour éviter que trois conseillers fédéraux se rendent dans ce pays en quelques semaines seulement
- qui ira à la rencontre annuelle des anciens présidents des Conseils ? Le Président Koller représentera le Conseil fédéral.

M. Felber

- va résumer par écrit les résultats de sa visite à Londres. Il a eu des contacts importants, qui ont confirmé que les gouvernements des Etats membres de la CE connaissent encore très mal la position et les problèmes de la Suisse.

BR Ogi

- meldet den Absturz eines indischen Airbusses. Es sind 100 Tote zu verzeichnen.
- berichtet über die Sondersession. 5 Geschäfte wurden während mehr als 30 Stunden beraten und im Sinne des Bundesrates verabschiedet.
- wird am 22. Februar in Bern den italienischen Umweltminister Ruffolo empfangen und ihn über die wahre Lage am Piz Pian Grand unterrichten. Die Nagra wird demnächst weitere Abklärungen beantragen.
- wird zwischen dem 4. und dem 8. April der Sowjetunion einen offiziellen Besuch abstatten. Er folgt somit einer Einladung des Luftfahrtministers.
- Zur Bekämpfung der Strassenvorlagen ist ein Abstimmungskomitee gebildet worden. Die FDP hat die Federführung übernommen. Generalsekretär Kauter wird Vorschläge über die Teilnahme des Bundesrates an öffentlichen Veranstaltungen unterbreiten.
- wird über seine Gespräche vom 1. Februar in Brüssel schriftlich berichten.

BR Villiger

- Sein Besuch in den USA hat sich gelohnt.
- wird die totale Einsicht der GPK in die Fichen des EMD mit Ausnahme der Quellenschutzangaben beantragen. Die Registrierungskriterien sollen überprüft werden, und auch die Sicherheitsüberprüfung ist anzupassen. Die GPK soll auch in die Geheimhaltungsabkommen Einsicht erhalten. Eine Trennung zwischen Chef Bupo und Abwehr muss in Erwägung gezogen werden.

BP Koller

- berichtet über den Besuch Salinas in Bern.
- Es bestehen weiterhin Divergenzen in bezug auf die Aktienrechtsrevision. Ein Gegenvorschlag zur Beobachter-Initiative scheint dagegen zustandezukommen, was den Rückzug der Initiative ermöglicht.

20. Februar 1990

AC/Rr

SCHWEIZERISCHE BUNDESKANZLEI

geht an

- Herren Departementsvorsteher (7)
- Herrn Bundeskanzler (1)
- Herren Vizekanzler (2)